

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 17/1495**

Ministerium für Arbeit,  
Soziales und Gesundheit  
des Landes Schleswig-Holstein



Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit  
Postfach 70 61 | 24170 Kiel

An den  
Vorsitzenden des Sozialausschusses  
Herrn Christopher Vogt  
-Landeshaus-  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Kiel, 11. November 2010

**Freiberufliche wohnortnahe Geburtshilfe**  
**Sitzung des Sozialausschusses am 28. Oktober 2010**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Gesundheitsministerkonferenz hat am 1. Juli diesen Jahres in Hannover einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

*„Die für die Gesundheitspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder betrachten die Auswirkungen der Erhöhung der Berufshauptpflichtprämien für die Geburtshilfe durch Hebammen mit Sorge und befürchten, dadurch einen Rückgang des Betreuungsangebotes während der Schwangerschaft bzw. an Belegkliniken und bei Hausgeburten. Damit käme es für schwangere und gebärende Frauen zu einer erheblichen Einschränkung der Wahlmöglichkeit des Geburtsortes.*

*Die GMK nimmt die Anliegen der Hebammen ernst und fordert die Bundesregierung auf, Lösungsmöglichkeiten zu prüfen.“*

Während der Sitzung des Sozialausschusses am 28. Oktober bat Sie um Informationen, was von Seiten des Bundesgesundheitsministeriums inzwischen veranlasst wurde.


Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass am 9. November ein Gespräch zwischen Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler und Vertreterinnen der Hebammenverbände stattgefunden hat. Dabei wurde von Minister Dr. Rösler eine Datenerhebung zur Lage der geburtshilflichen Versorgung mit Hebammenhilfe und zur Einkommenssituation der Hebammen zugesagt.

Ferner will der Bundesgesundheitsminister eine Gesetzesänderung prüfen. Ziel soll es sein, dass die Kosten, die eine Hebamme für die Berufsausübung aufzubringen

hat (wie beispielsweise für die Haftpflichtversicherung), bei Vergütungsverhandlungen berücksichtigt werden können.

Die von den Hebammenverbänden dazu ergangene Presseerklärung füge ich zu ihrer Information bei.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Garg', written in a cursive style.

Dr. Heiner Garg  
Minister

Anlage: Presseinformation des Hebammenverbandes

# Ehrenworte! Minister Rösler sagt Hebammen Unterstützung aus seinem Ministerium zu

Das gestrige Gespräch zwischen den Vertreterinnen der Hebammenverbände und Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler war viel versprechend. Der Minister versicherte, dass aus dem Gesundheitsministerium Unterstützung für die Hebammen kommen werde.

Zwischen dem Gesundheitsministerium und den Hebammenverbänden wurden konkrete Arbeitsschritte vereinbart. Dazu gehört eine vom Bundesministerium für Gesundheit zu finanzierende Datenerhebung zur Lage der geburtshilflichen Versorgung mit Hebammenhilfe und zur Einkommenssituation der Hebammen. Das Design dieser Studie wird durch die Berufsverbände maßgeblich mitbestimmt.

Zudem wird Minister Rösler eine Gesetzesänderung anregen damit die Kosten, die eine Hebamme für die Berufsausübung aufzubringen, hat wie beispielsweise für die Haftpflichtversicherung, zwingend bei Vergütungsverhandlungen berücksichtigt werden.

Nach wie vor ist Hebammenhilfe nicht im Sozialgesetzbuch (SGB) verankert, sondern noch immer in der Reichsversicherungsverordnung von 1911. Weil Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit nicht als gesunde, physiologische Ereignisse im SGB benannt sind, haben sie in der aktuellen Überarbeitung des Präventionsleitfadens auch keine Berücksichtigung gefunden. „Auch diese Themen haben wir besprochen. Minister Rösler hat auch hier Handlungsbedarf erkannt und seine Unterstützung zugesagt“, so Martina Klenk, die Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes. „Wir werden jetzt auf der Arbeitsebene zeitnah weitere Termine vereinbaren und dann hoffen wir auf erkennbare Änderungen bis Mitte 2011“, so die Präsidentin.

Vor knapp einem Jahr hatte der Deutsche Hebammenverband 60 000 Unterschriften an den neuen Gesundheitsminister überreicht. Verbunden war damit die Hoffnung, dass die neue Regierung endlich Rahmenbedingungen schaffen wird, damit Hebammen ihrem Versorgungsauftrag gegenüber schwangeren Frauen und ihren Familien nachkommen können. Durch eine weitere Erhöhung der Haftpflichtprämie sind die Arbeitsbedingungen für freiberuflich tätige Hebammen mit Geburtshilfe noch einmal deutlich dramatischer geworden. Auch die erfolgreichste aller E-Petitionen mit über 180 000 Zeichnungen konnte nicht verhindern, dass seit Sommer noch einmal 10% der freiberuflichen Hebammen die Geburtshilfe aufgegeben haben.

Weitere Infos unter [www.hebammenverband.de](http://www.hebammenverband.de)

## **Kontakt:**

**Dr. Edith Wolber** Pressestelle des Deutschen Hebammenverbandes  
Telefon